

Stämpflis juristische Lehrbücher

Andreas R. Ziegler

# Internationales Wirtschaftsrecht

Eine Einführung (unter Einschluss des  
Aussenwirtschaftsrechts der Schweiz)

*2., ergänzte und verbesserte Auflage*



Stämpfli Verlag

In diesem für die Schweiz nach wie vor einzigartigen Werk werden das internationale Wirtschaftsrecht und das Recht der Aussenwirtschaftsbeziehungen der Schweiz in einer konzisen und einfach zugänglichen Form präsentiert. Das Werk beinhaltet sowohl eine Analyse des institutionellen Rechts der multilateralen Organisationen (WTO, OECD, IMF, Weltbank etc.) und dessen Umsetzung durch die Schweiz als auch der wirtschaftsrechtlichen Bestimmungen der bilateralen Abkommen der Schweiz, einerseits mit der EU aber auch mit anderen wichtigen Wirtschaftspartnern (z.B. Investitionsabkommen). Daneben wird auch das zunehmend wichtige Gebiet der Exportkontrollen und Wirtschaftssanktionen (multilateral, regional) prägnant dargestellt. Neben den relevanten Rechtsquellen werden auch die informellen Vereinbarungen im Rahmen anderer Gremien (z.B. FATF, Basler Ausschuss, etc.) umfassend erklärt. In der 2. Auflage wird insbesondere auch auf die neusten Entwicklungen im Bereich der Finanzdienstleistungen und der damit zusammenhängenden Steuerfragen vertieft eingegangen (automatischer Informationsaustausch, Arbeiten der OECD). Hinzu kommen zahlreiche neue Entwicklungen im Rahmen sogenannter Megaregionals (TTIP, TPP etc.). Das Buch richtet sich an Studenten und Praktiker, die gerne die Zusammenhänge in einer knappen aber prägnanten und systematischen Art erarbeiten möchten und enthält zahlreiche weiterführende Literaturhinweise zu schweizerischen und internationalen Quellen.

---

Andreas R. Ziegler

**Internationales Wirtschaftsrecht**

Andreas R. Ziegler ist Professor und Inhaber des Lehrstuhls für internationales Recht an der Fakultät für Rechts- und Kriminalwissenschaften der Universität Lausanne. Er war während vieler Jahre in der Praxis tätig (seco, Europäische Kommission, EFTA-Sekretariat) und vertrat die Schweiz in der WTO, der OECD, der UNCTAD, bei der Energie-Charta und zahlreichen anderen Organisationen und Foren. Er verhandelte auch während mehrerer Jahre bilaterale und regionale Freihandels- und Investitionsschutzabkommen für die Schweiz. Er leitet heute den englischsprachigen Masterstudiengang (MAS/LLM) International and European Economic and Commercial Law an der Universität Lausanne.

---

Andreas R. Ziegler  
Professor an der Universität Lausanne

# Internationales Wirtschaftsrecht

Eine Einführung (unter Einschluss des  
Aussenwirtschaftsrechts der Schweiz)

*2., ergänzte und verbesserte Auflage*



Stämpfli Verlag

---

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2017  
[www.staempfliverlag.com](http://www.staempfliverlag.com)  
E-Book 978-7272-1936-8  
ISBN 978-3-7272-8498-4

Über unsere Online-Buchhandlung [www.staempflishop.com](http://www.staempflishop.com)  
ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:  
Judocu ISBN 978-3-0354-1409-7



---

## Vorwort zur zweiten Auflage (2016)

Seit der ersten Auflage dieses Buches sind insbesondere im Bereich des Investitionsvölkerrechts und der bilateralen Freihandelsabkommen zahlreiche neue Entwicklungen festzuhalten. Hingegen konnten innerhalb der WTO und auch in den bilateralen Beziehungen der Schweiz und der EU kaum nennenswerte Fortschritte erzielt werden. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat daneben zu zahlreichen neuen Regulierungsbemühungen im Bereich des internationalen Währungs- und Finanzdienstleistungsrechts geführt und die Handelsbeziehungen eher wieder konfliktreicher werden lassen. Die Verhandlung von sogenannten *Megaregionals*, d.h. umfassenden und weitgehenden Wirtschaftsabkommen und wichtigen Wirtschaftsmächten sieht sich auch zahlreichen Problemen gegenüber. All diese Entwicklungen soll die neue Auflage dieses Lehrbuches wiedergeben, ohne dabei die Konzentration auf die grossen Prinzipien allzu sehr aufzugeben. Ich bin insbesondere meiner Assistentin *Csilla Horber* für die Unterstützung hierbei sehr dankbar. Für Anregungen und Kritik bleich ich weiterhin sehr dankbar (andreas.ziegler@unil.ch).

Andreas R. Ziegler

Professor, Director of the LLM Programme in International and European Economic and Commercial Law – Master of Advanced Studies (www.unil.ch/llm)

Chaire de droit international, Centre de droit comparé, européen et international (CDCEI), Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique, Université de Lausanne





---

## Vorwort zur ersten Auflage (2010)

Dieses Buch richtet sich an all jene, die einen schnellen aber umfassenden Überblick über das immer komplexere Gebiet des internationalen Wirtschaftsrechts erlangen möchten – insbesondere aber Studenten der Rechtswissenschaften.

Während bis etwa 1995 das internationale Wirtschaftsrecht oft als wenig juristisch und stark politisch geprägt galt, hat es seither einen straken Wandel erfahren. Dies hängt v.a. mit der Schaffung der Welthandelsorganisation (WTO) zusammen, welche die Verrechtlichung des internationalen Handels geradezu symbolisiert. Hinzu kommen aber seither auch die zunehmende Anzahl von Freihandelsabkommen (FHA) und Investitionsschutzabkommen (ISA) mit der dazugehörigen Schiedsgerichtsbarkeit. Daneben treten immer neue Regelungsbereiche, wie der Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität oder das Wettbewerbsrecht. Für die Schweiz überlagert sich zudem aufgrund der grossen Bedeutung unserer Nachbarn für unsere Wirtschaft das internationale Wirtschaftsrecht auch stark mit europarechtlichen Aspekten (Binnenmarkt und Aussenwirtschaftspolitik der EU).

Während Handel und Investitionen heute jeweils den Gegenstand eigener Fachbücher darstellen, sind nach wie vor nur wenige Darstellungen dem internationalen Wirtschaftsrecht als ganzem gewidmet, dies erklärt sich aus der zunehmenden Schwierigkeit einen Übersicht zu gewinnen, ohne sich in Details zu verlieren. Viele Darstellungen beschränken sich zudem auf eine Darstellung der WTO, was keineswegs mehr angebracht ist. Hinzu kommt die Schwierigkeit die internationalen Wirtschaftsbeziehungen in ihrem Zusammenhang mit dem nationalen Recht darzustellen. Eine solche Darstellung fehlt bis heute gerade auch für die Schweiz und dieses Werk stellt den Versuch dar, aufzuzeigen, wie der Jurist in seiner täglichen Tätigkeit von den bestehenden formellen und informellen Strukturen beeinflusst wird. Natürlich besteht auch der Wunsch dass politisch Interessierte und insbesondere Entscheidungsträger im vorliegenden Werk eine Hilfe finden.

Neben dem Ziel meinen eigenen Studenten einen guten Überblick über das Thema zu ermöglichen, erhoffe ich mir auch all jenen, die sich für die internationalen wirtschaftlichen Zusammenhänge (und die dabei bestehenden Probleme und Missstände) interessieren, den Einstieg in die Materie zu erleichtern. Über Kritik und Hinweise auf Fehler oder Lücken (die leider unvermeidlich sind) freue ich mich jederzeit ([andreas.ziegler@unil.ch](mailto:andreas.ziegler@unil.ch)). Ich danke meinem Assistenten lic. en droit *Roman Graf*, LL.M für die Unterstützung bei der Überarbeitung des Textes.

Andreas R. Ziegler



---

# Inhaltsübersicht

Vorwort zur zweiten Auflage (2016).....	V
Vorwort zur ersten Auflage (2010).....	VIIII
Inhaltsübersicht.....	IX
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungen.....	XXIII
1 Grundlagen.....	1
2 Multilateralismus v. Regionalismus.....	41
3 Aussenwirtschaftsrecht.....	75
4 Grundprinzipien.....	105
5 Handel.....	115
6 Technologie und geistiges Eigentum.....	177
7 Gemeinsame Marktstabilisierung.....	191
8 Exportkontrollen und Wirtschaftssanktionen.....	205
9 Investitionen.....	223
10 Internationaler Personenverkehr.....	261
11 Währung und Finanzmärkte.....	267
12 Wirtschaftliche Entwicklung.....	281
Stichwortverzeichnis.....	305



---

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage (2016).....	V
Vorwort zur ersten Auflage (2010).....	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungen.....	XXIII
1 Grundlagen.....	1
1.1 UMSCHREIBUNG.....	1
1.1.1 Internationale Wirtschaftsbeziehungen.....	1
1.1.2 Wirtschaftsvölkerrecht.....	2
1.1.3 Transnationales Wirtschaftsrecht.....	3
1.1.4 Internationales Wirtschaftsrecht.....	4
1.1.5 Verhältnis zu anderen Wissenschaften.....	4
1.1.6 Unverbindliche Standards und Handelsbräuche.....	5
1.1.7 Nationales Wirtschaftsrecht.....	6
1.1.8 Aussenwirtschaftsrecht.....	7
1.1.9 Schweizerisches Aussenwirtschaftsrecht.....	9
1.1.10 Aussenhandels- und Zollrecht, Exportkontrollrecht.....	10
1.1.11 Europäisches Binnenmarktrecht.....	11
1.1.12 Europäisches Aussenwirtschaftsrecht.....	11
1.2 METHODISCHE ASPEKTE.....	12
1.2.1 Unterricht.....	12
1.2.2 Wettbewerbe ( <i>Moot Courts</i> ).....	13
1.2.3 Vereinigungen und Informationsquellen.....	13
1.2.4 Verträge und Praxis.....	14
1.2.5 Lehrbücher.....	14
1.2.5.1 Wirtschaftsvölkerrecht.....	14
1.2.5.2 Schweizerisches Aussenwirtschaftsrecht.....	16
1.2.5.3 Europäisches Aussenwirtschaftsrecht.....	18
1.2.6 Zeitschriften.....	18
1.2.7 Newsletter.....	19
1.3 HISTORISCHE ENTWICKLUNG.....	19
1.4 STAATEN.....	23
1.4.1 Allgemein.....	23
1.4.2 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.....	24
1.4.3 Souveränität bezüglich des Wirtschaftssystems.....	25
1.4.4 Souveränität über natürliche Ressourcen.....	26

1.4.5	Extraterritorialität im internationalen Wirtschaftsrecht	26
1.5	UNIVERSELLE INSTITUTIONEN	29
1.5.1	Internationale Organisationen (IOs)	29
1.5.1.1	Anfänge	29
1.5.1.2	Bretton Woods Institutionen (1944)	30
1.5.1.3	Havanna Charter (ITO), GATT (1947) und WTO (1995)	30
1.5.1.4	Vereinte Nationen	31
1.5.1.4.1	Einleitung	31
1.5.1.4.2	Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen	31
1.5.1.4.3	Regionale Wirtschaftskommissionen	32
1.5.1.4.4	UNCTAD	33
1.5.1.5	Internationales Handelszentrum (UNCTAD /WTO)	34
1.5.2	Informelle Foren	34
1.6	REGIONALE INSTITUTIONEN	35
1.7	MULTINATIONALE UNTERNEHMEN UND INDIVIDUEN	35
1.7.1	Problematik	35
1.7.2	Verhaltenskodizes	36
1.7.3	Unternehmenssozialverantwortung	37
1.7.4	Tripartite Vertretungen	38
1.7.5	Lobbying	38
1.8	ZIVILGESELLSCHAFT (NGOs)	38
2	Multilateralismus v. Regionalismus	41
2.1	ALLGEMEIN	41
2.2	OECD	42
2.3	COMECON	44
2.4	REGIONALE WIRTSCHAFTSINTEGRATION	44
2.4.1	Arten der Wirtschaftsintegration	44
2.4.2	Europa	46
2.4.2.1	Europäische Union	46
2.4.2.2	EWR	48
2.4.2.3	EFTA	49
2.4.2.4	Energiecharta	52
2.4.3	Amerika	53
2.4.3.1	NAFTA	53
2.4.3.2	MERCOSUR	53
2.4.3.3	Andengemeinschaft	54

2.4.3.4	CARICOM.....	54
2.4.3.5	DR-CAFTA .....	54
2.4.3.6	FTAA/TPP .....	55
2.4.4	Asien.....	55
2.4.4.1	ASEAN/AFTA.....	55
2.4.4.2	Golf-Kooperationsrat.....	56
2.4.5	Afrika.....	56
2.4.5.1	Allgemein.....	56
2.4.5.2	African Economic Community .....	56
2.4.5.3	Economic Community of Central African States .....	57
2.4.5.4	Southern African Customs Union.....	57
2.4.5.5	Southern African Development Community .	57
2.4.5.6	Economic Community of West African States .....	57
2.4.5.7	Common Market for Eastern and Southern Africa .....	58
2.4.5.8	East African Community .....	58
2.4.5.9	Intergovernmental Authority on Develop- ment .....	58
2.4.5.10	Arab Maghreb Union.....	58
2.4.5.11	Community of Sahel-Saharan States .....	59
2.4.6	Ozeanien.....	59
2.4.7	Bilaterale Verträge .....	59
2.4.7.1	Allgemein.....	59
2.4.7.2	EU-Drittlandsabkommen.....	59
2.4.7.3	EFTA-Drittlandsabkommen .....	61
2.4.7.4	Bilaterale Abkommen der Schweiz mit Japan bzw China.....	65
2.4.7.5	Bilaterales Abkommen Schweiz – Färöer- Inseln.....	66
2.4.7.6	Bilaterale Abkommen Schweiz-EU.....	66
3	Aussenwirtschaftsrecht.....	75
3.1	ALLGEMEIN .....	75
3.2	SCHWEIZERISCHES AUSSENWIRTSCHAFTSRECHT .....	77
3.2.1	Verfassungsgrundlage .....	77
3.2.2	Bundsgesetzgebung .....	80
3.2.3	Kantonale Erlasse .....	81
3.2.4	Völkerrechtliche Quellen.....	82
3.2.5	Bedeutung des Europarechts .....	83
3.2.6	Der autonome Nachvollzug des Rechts der EU.....	85

3.3	EUROPÄISCHES AUSSENWIRTSCHAFTSRECHT .....	87
3.4	VERHÄLTNIS ZUM VÖLKERRECHT .....	88
3.4.1	Allgemein.....	88
3.4.2	Schweiz.....	89
3.4.3	Europäische Union .....	90
3.4.4	Zugang zur internationalen Streitschlichtung .....	91
3.5	INNERSTAATLICHE AKTEURE .....	93
3.5.1	Legislative.....	93
3.5.1.1	Allgemein.....	93
3.5.1.2	Schweiz .....	93
3.5.1.3	Europäische Union.....	96
3.5.2	Exekutive.....	96
3.5.2.1	Allgemein.....	96
3.5.2.2	Schweiz .....	96
3.5.2.3	Europäische Union.....	98
3.5.3	Öffentlichrechtliche Anstalten und Körperschaften .....	98
3.5.4	Judikative.....	99
3.5.4.1	Allgemein.....	99
3.5.4.2	Schweiz .....	99
3.5.5	Private und Interessengruppen.....	100
4	Grundprinzipien .....	105
4.1	GRUNDPROBLEMATIK .....	105
4.2	TRANSPARENZ.....	105
4.3	LIBERALISIERUNG .....	106
4.4	NICHTDISKRIMINIERUNG.....	107
4.4.1	Generelles .....	107
4.4.2	Meistbegünstigung .....	107
4.4.3	Inländerbehandlung .....	108
4.4.4	Diskriminierung oder gerechtfertigte Differenzierung ..	109
4.5	GEMEINSAME STABILISIERUNG.....	109
4.6	SOLIDARITÄT .....	110
4.7	NACHHALTIGE ENTWICKLUNG .....	111
4.8	LEITLINIEN DES SCHWEIZERISCHES AUSSENWIRTSCHAFTS- RECHTS .....	111



5	Handel .....	115
5.1	HISTORISCHE ENTWICKLUNG UND ÖKONOMISCHE GRUNDLAGEN .....	116
5.1.1	Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen ..	116
5.1.2	Entwicklung der aussenwirtschaftlichen Tätigkeit in der Schweiz .....	117
5.2	INSTITUTIONELLE ASPEKTE .....	120
5.2.1	Übersicht.....	120
5.2.2	Das System der WTO.....	120
5.2.2.1	Grundzüge.....	120
5.2.2.2	WTO-Streitschlichtung .....	125
5.2.3	Regionale Abkommen .....	128
5.2.3.1	Übersicht.....	128
5.2.3.2	Institutionelle Aspekte.....	129
5.2.3.3	WTO-Recht und regionale/bilaterale Abkommen .....	131
5.3	WARENHANDEL.....	132
5.3.1	Harmonisiertes System.....	132
5.3.2	Produktekategorien .....	133
5.3.3	Zölle.....	133
5.3.3.1	Grundlagen .....	133
5.3.3.2	Zollkontingente.....	135
5.3.3.3	Zollzuschläge .....	135
5.3.3.4	Regime.....	136
5.3.3.4.1	WTO .....	136
5.3.3.4.2	Freihandelsabkommen/Zollunion/ Gemeinsame Märkte .....	136
5.3.3.4.3	Ursprungsregeln .....	137
5.3.4	Nichttarifäre Massnahmen .....	139
5.3.4.1	Allgemein.....	139
5.3.4.2	Mengenmässige Beschränkungen .....	139
5.3.4.2.1	Grundlagen .....	139
5.3.4.2.2	WTO .....	140
5.3.4.2.3	FHA Schweiz-EG.....	140
5.3.4.2.4	EFTA-Konvention.....	140
5.3.4.2.5	Schweiz .....	140
5.3.4.3	Ein- und Ausfuhrüberwachung (Lizenzen) ...	141
5.3.4.3.1	Grundlagen .....	141
5.3.4.3.2	Internationale Regelungen .....	141
5.3.4.3.3	Schweiz .....	141
5.3.4.4	Steuern und Abgaben .....	142
5.3.4.5	Staatliche Handelsmonopole.....	143

5.3.4.6	Technische Handelshemmnisse.....	144
5.3.4.6.1	Grundlagen.....	144
5.3.4.6.2	WTO.....	144
5.3.4.6.3	MRA Schweiz-Drittstaaten.....	146
5.3.4.6.4	EU/EFTA/FHA Schweiz-EWG...	146
5.3.4.6.5	Innerstaatliche Gesetzgebung Schweiz.....	147
5.3.4.7	Subventionen.....	148
5.3.4.7.1	Allgemein.....	148
5.3.4.7.2	WTO.....	149
5.3.4.7.3	Bilaterale Abkommen.....	150
5.3.4.8	Dumping und Antidumping-Massnahmen ....	151
5.3.4.8.1	Definitionen.....	151
5.3.4.8.2	WTO.....	152
5.3.4.8.3	Regionale Regelungen.....	152
5.3.4.9	Handelsbezogene Investitionsregeln.....	153
5.3.4.10	Trade Facilitation.....	154
5.3.5	Exportförderung.....	154
5.3.5.1	Grundlagen.....	154
5.3.5.2	Schweiz.....	155
5.3.5.3	Exportrisikogarantien und -kredite.....	155
5.3.5.3.1	Allgemein.....	156
5.3.5.3.2	Schweiz.....	157
5.3.6	Ausnahmen (Handelsbeschränkungen).....	159
5.3.6.1	Allgemeine Ausnahmen.....	159
5.3.6.1.1	WTO.....	159
5.3.6.1.2	FHA Schweiz-EG und EFTA.....	161
5.3.6.1.3	Freihandelsabkommen mit Drittstaaten.....	161
5.3.6.2	Sicherheitspolitische Ausnahmen.....	162
5.3.6.3	Schutzmassnahmen (Safeguards).....	163
5.3.6.3.1	Allgemein.....	163
5.3.6.3.2	Schweiz.....	164
5.3.7	Übersicht: Freihandelsabkommen Schweiz – EWG von 1972.....	165
5.4	DIENSTLEISTUNGSHANDEL.....	166
5.4.1	Bedeutung.....	166
5.4.2	WTO: Das GATS.....	167
5.4.2.1	Übersicht.....	167
5.4.2.2	Erfasste Dienstleistungen.....	167
5.4.2.3	Arten der Dienstleistungserbringung.....	168
5.4.2.4	Verpflichtungen.....	169

5.4.3	Bilaterale Abkommen.....	172
5.4.3.1	Allgemein.....	172
5.4.3.2	Freihandelsabkommen der Schweiz .....	173
5.4.3.3	Verhältnis Schweiz-EU.....	174
5.5	ÖFFENTLICHES BESCHAFFUNGSWESEN .....	175
6	Technologie und geistiges Eigentum .....	177
6.1	ALLGEMEIN .....	177
6.2	HISTORISCHE ENTWICKLUNG .....	177
6.3	WIPO.....	179
6.4	WTO-SYSTEM (TRIPS) .....	179
6.4.1	Entstehung.....	179
6.4.2	Institutionen und Geltungsbereich.....	180
6.4.3	Prozessregeln.....	185
6.5	BILATERALE UND REGIONALE ABKOMMEN.....	185
6.6	PARALLELIMPORTE .....	186
7	Gemeinsame Marktstabilisierung.....	191
7.1	ALLGEMEIN .....	191
7.2	WETTBEWERBSRECHT .....	191
7.2.1	Allgemein.....	191
7.2.2	EFTA, FHA Schweiz-EG .....	193
7.2.3	Die Freihandelsabkommen der EFTA mit Drittstaaten .....	195
7.3	WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT .....	196
7.3.1	Allgemein.....	196
7.3.2	Korruption .....	197
7.3.3	Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.....	197
7.4	STEUERFRAGEN.....	198
7.5	GUTE UNTERNEHMENSFÜHRUNG ( <i>CORPORATE GOVERNANCE</i> ) ...	201
7.6	GEMEINSAME INTERESSEN .....	202
8	Exportkontrollen und Wirtschaftssanktionen .....	205
8.1	ALLGEMEIN .....	205
8.2	ADRESSATENSPEZIFISCHE KONTROLLEN (SANKTIONEN UND EMBARGOS).....	205
8.2.1	Allgemein.....	205
8.2.2	Einseitige und regionale Massnahmen .....	207
8.2.3	UN-Sanktionen .....	209
8.3	SEKTORSPEZIFISCHE EXPORTKONTROLLE.....	211

8.3.1	Internationale Kontrollregime.....	211
8.3.2	Umsetzung in der Schweiz.....	213
8.3.2.1	Allgemein.....	213
8.3.2.2	Kriegsmaterial .....	214
8.3.2.3	Nukleargüter .....	216
8.3.2.4	Dual-Use-Güter .....	217
8.3.3	Konfliktdiamanten .....	219
9	Investitionen .....	223
9.1	HISTORISCHE ENTWICKLUNG .....	224
9.1.1	Ursprünge (19. Jahrhundert) .....	225
9.1.2	Bemühungen nach dem II. Weltkrieg.....	226
9.1.2.1	Unmittelbare Nachkriegszeit .....	226
9.1.2.2	Vereinte Nationen.....	227
9.1.2.3	Weltbank .....	228
9.1.2.4	OECD .....	229
9.1.2.5	Bilaterale Investitionsabkommen.....	231
9.1.2.6	Neuere Bestrebungen zur Multilateralisie- rung des Investitionsrechtes .....	232
9.1.2.6.1	Regionale Instrumente .....	232
9.1.2.6.2	Echte multilaterale Versuche.....	235
9.1.2.6.3	Aktueller Stand .....	238
9.1.3	Materielle Standards .....	239
9.1.3.1	Übersicht.....	239
9.1.3.2	Geltungsbereich.....	240
9.1.3.2.1	Investoren .....	240
9.1.3.2.2	Investitionen .....	241
9.1.3.2.3	Abschirmklauseln (Umbrella Clauses) und Stabilisierungs- klauseln .....	243
9.1.3.3	Marktzugang (Pre-establishment) .....	243
9.1.3.3.1	Förderung.....	243
9.1.3.3.2	Marktzugang bzw. Niederlassung	244
9.1.3.4	Materieller Schutz (Post-Establishment).....	245
9.1.3.4.1	Nichtdiskriminierung.....	245
9.1.3.4.2	Gerechte und billige Behandlung..	246
9.1.3.4.3	Voller Schutz und Sicherheit .....	246
9.1.3.4.4	Freier Transfer.....	247
9.1.4	Enteignung.....	248
9.1.4.1	Formale Enteignung .....	248
9.1.4.2	Voraussetzungen .....	248
9.1.4.3	Enteignungsähnliche Eingriffe.....	249

9.1.5	Rechtsschutz.....	250
9.1.5.1	Zwischen Staaten.....	250
9.1.5.2	Subrogationsprinzip .....	250
9.1.5.3	Investor-Staat-Streitschlichtung .....	250
	9.1.5.3.1 Allgemein.....	250
	9.1.5.3.2 Foren und Verfahrensregeln .....	251
	9.1.5.3.3 ICSID .....	252
9.1.5.4	Überprüfungsmöglichkeiten und Exekution..	253
9.2	BEISPIEL: DIE EFTA-DRITTLANDSABKOMMEN .....	255
9.3	INVESTITIONSRISIKOGARANTIE .....	256
9.3.1	Allgemein.....	256
9.3.2	MIGA.....	257
9.3.3	Schweiz.....	257
9.4	DOPPELBESTEUERUNGSABKOMMEN.....	258
10	Internationaler Personenverkehr .....	261
10.1	ALLGEMEIN .....	261
10.1.1	Hintergrund.....	261
10.1.2	19. Jahrhundert.....	261
10.2	LIBERALISIERUNG NACH DEM II. WELTKRIEG.....	262
10.2.1	Allgemein.....	262
10.2.2	WTO.....	262
10.2.3	Regionale Integration .....	263
10.2.4	Bilaterale Abkommen.....	264
10.3	INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION (ILO).....	266
10.4	INTERNATIONALE ORGANISATION FÜR MIGRATION.....	266
11	Währung und Finanzmärkte.....	267
11.1	INSTITUTIONELLE ENTWICKLUNG.....	267
11.1.1	Vor dem 20. Jahrhundert .....	267
11.1.2	IWF .....	268
11.2	KOOPERATIONSGBIETE .....	269
11.2.1	Zahlungsverkehr und Währungskonvertibilität .....	269
11.2.2	Stabilität des Währungssystems.....	272
11.2.3	Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Abwertungen.....	275
11.2.4	Finanzmarktstabilität.....	277
	11.2.4.1 Financial Stability Board (FSB).....	277
	11.2.4.2 BIZ und Basler Ausschuss für Banken aufsicht .....	278

11.2.4.3	Internationale Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden .....	279
11.2.4.4	Internationaler Verband der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS) .....	279
11.2.4.5	Joint Forum .....	280
12	Wirtschaftliche Entwicklung.....	281
12.1	ALLGEMEIN .....	281
12.2	RECHT AUF ENTWICKLUNG.....	281
12.3	MULTILATERALE KOOPERATION .....	282
12.3.1	Allgemein.....	282
12.3.2	UNDP .....	282
12.3.3	FAO.....	283
12.3.4	UNIDO.....	283
12.3.5	OECD .....	284
12.3.6	Weltbankgruppe.....	284
12.3.7	Regionale Entwicklungsbanken .....	290
12.3.7.1	Allgemein.....	290
12.3.7.2	Interamerikanische Entwicklungsbank (IADB).....	290
12.3.7.3	Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) .....	290
12.3.7.4	Afrikanische Entwicklungsbankgruppe (AfEB) .....	291
12.3.7.5	Entwicklungsbank des Europarates .....	292
12.3.7.6	Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) .....	292
12.3.7.7	Europäische Investitionsbank (EIB) .....	292
12.3.8	Pariser Klub.....	293
12.3.9	Londoner Club und Institute of International Finance ..	294
12.4	BILATERALE KOOPERATION.....	295
12.4.1	Allgemein.....	295
12.4.2	Transitionshilfe und EU-Erweiterungsbetrag .....	296
12.5	HANDEL UND ENTWICKLUNG.....	297
12.5.1	Allgemein.....	297
12.5.2	UNCTAD.....	298
12.5.3	Rohstoffabkommen.....	298
12.5.3.1	Allgemein.....	298
12.5.3.2	Gemeinsamer Rohstoff-Fonds.....	298
12.5.3.3	Spezielle Institutionen .....	299

12.5.3.4	OPEC.....	301
12.5.3.5	Internationale Energieagentur (IEA).....	302
12.5.4	WTO.....	302
12.5.4.1	Allgemein.....	302
12.5.4.2	Teil IV GATT (Handel und Entwicklung)....	303
12.5.4.3	Allgemeine Präferenzsysteme (GSP) .....	303
12.5.4.4	Aid for Trade.....	304
	Stichwortverzeichnis.....	305





---

# Abkürzungen

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am anderen Orte
a.F.	alte Fassung
a.M.	anderer Meinung
A.TR.	Freiverkehrsbescheinigung im Warenverkehr zwischen der EG und der Türkei (Zollunion), (Association Turquie)
AB	Appellate Body; Berufungsgremium im Rahmen des DSU (WTO)
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (bis 02/2003)
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union (seit 02/2003)
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
aBV	alte Bundesverfassung von 1874
ACP	vgl. AKP
ACTA	Anti-Counterfeiting Trade Agreement (Abkommen zur Bekämpfung von Fälschung und Piraterie)
AEC	African Economic Community
aEGV	alte Fassung des EG-Vertrags
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ersetzt EGV)
AfDB	African Development Bank (Afrikanische Entwicklungsbank)
AFTA	Asiatische Freihandelszone (ASEAN Free Trade Area)
AGB	Allgemeine Generalausfuhrbewilligung
AFTA	Asian Free Trade Association (Freihandelszone des Verbandes südostasiatischer Nationen)
AG	Aktiengesellschaft
AG	Australiengruppe
AHK	Aussenhandelskammer(n)
AITIC	Agentur für Internationale Handelsinformation und -kooperation (Agency for International Trade Information and Cooperation)
AKP-Staaten	Afrikanische, karibische und pazifische Staaten (engl. ACP)
AMU	Arab Maghred Union (AMU; franz.: Union du Maghreb arabe = UMA)
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
ANZCERTA	Australia New Zealand Closer Economic Relations Trade Agreement
APK	Aussenpolitische Kommission(en)
APS	Allgemeines Präferenzsystem zugunsten der Entwicklungsländer (Englisch GSP)
Art.	Artikel
AsDB	Asian Development Bank (Asiatische Entwicklungsbank)
ASEAN	Vereinigung Südostasiatischer Staaten (Association of South Eastern Asian Nations)
Aufl.	Auflage
AWB	Aussenwirtschaftsbericht (Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik)
Bd.	Band.
BGA	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels

## Abkürzungen

---

BIAC	Business and Industry Advisory Committee to the OECD
BIP	Bruttoinlandprodukt
BIS	vgl. BIZ
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich
BLW	Bundesamt für Landwirtschaft
BoeB	Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (SR 172.056.1)
BRIC(S)	Brasilien, Russland, Indien, China. (Südafrika)
Bull. EG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften
BV	Bundesverfassung (1999)
bzw.	beziehungsweise
CAFTA	Central American Free Trade Agreement
CAN	Andengemeinschaft (früher Andenpakt oder Andengruppe, span. Comunidad Andina de Naciones)
CARICOM	Karibischer gemeinsamer Markt (Caribbean Common Market)
CDM	Clean Development Mechanism
CEEAC	Communauté Économique des États d'Afrique Centrale; Economic Community of Central African States = ECCAS
CEPIC	Conseil Européen de l'Industrie Chimique
CEFTA	Zentraleuropäisches Freihandelsabkommen (Central European Free Trade Association)
CEMAC	Communauté Économique et Monétaire de l'Afrique Centrale
CEN-SAD	Community of Sahel-Saharan States
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe (englisch: Economic Commission for Latin America and the Caribbean, ECLAC; Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik)
CER	Closer Economic Relations Abkommen bzw. Australia New Zealand Closer Economic Relations Trade Agreement (ANZCERTA)
CETA	Comprehensive Economic and Trade (Agreement) zwischen der EU und Kanada
CFA	Colonies françaises d'Afrique (ehemalige französische Kolonien in Afrika)
CFC	Gemeinsamer Rohstoff-Fonds = Common Fund for Commodities
CIP	Fracht, Versicherung, Porto (cost, insurance, postage paid)
CISG	UN-Kaufrecht (United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods)
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora, siehe WA
CoCom	Koordinierungsausschuss über multilaterale Exportkontrollen strategischer Güter (Coordinating Committee on multilateral strategic export controls), seit 1996 durch WA abgelöst
COMECON	COMECON (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; engl.: Council for Mutual Economic Assistance)
COMESA	Common Market for Eastern and Southern Africa
CSR	Corporate Social Responsibility (Unternehmenssozialverantwortung)
CUSFTA	Canada – United States Free Trade Agreement
CWÜ	Chemiewaffenübereinkommen
d.h.	das heisst

## XXIV

© Stämpfli Verlag AG – Urheberrechtlich geschütztes Material – Jede Weitergabe an Dritte ist untersagt.

Ziegler, Andreas R.: Internationales Wirtschaftsrecht, 2017

DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
DDR	Doha Development Round
DEA	Direktion für europäische Angelegenheiten
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
Dok.	Dokument
DOM	Départments Outre-Mer (französische überseeische Departements)
DR-CAFTA	engl. Dominican Republic-Central America Free Trade Agreement, span. Tratado de Libre Comercio entre Estados Unidos, Centroamérica y República Dominicana
DSB	Dispute Settlement Body; Streitbeilegungsorgan der WTO
DSU	Dispute Settlement Understanding; Streitbeilegungsverfahren der WTO
EAC	East African Community
EAG	Europäische Atomgemeinschaft (auch EURATOM)
EBK	Eidgenössische Bankenkommision
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
ECCAS	Economic Community of Central African States ; Communauté Économique des États d'Afrique Centrale = CEEAC
ECDC	European Centre for Disease Prevention and Control (Europäisches Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten)
ECE	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (Economic Commission for Europe)
ECOFIN	Wirtschafts- und Sozialrat (Economic and Financial Council)
ECOWAS	Economic Community of West African States
ECU	Europäische Währungseinheit (European Currency Unit)
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Aungelegenheiten
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EFSA	European Food Safety Authority (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit)
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGEI	Europäischer Gerichtshof erster Instanz
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (auch Montanunion)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIB	Europäische Entwicklungsbank
EIF	Europäischer Investitionsfonds
EmbG	Embargogesetz (SR 946.231)
EJPD	Eigenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EP	Europäisches Parlament
EPA	Economic Partnership Agreements (EU)
ERG	Exportrisikogarantie
ERT	European Roundtable of Industrialists
ESV	Eidgenössische Steuerverwaltung
ESZB	Europäischen Währungssystem mit seinem Europäischen Zentralbanksystem

## Abkürzungen

---

EU	Europäische Union (erster Pfeiler: EG, EGKS, Euratom; zweiter Pfeiler: Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik; dritter Pfeiler: Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres)
EÜB	Eisenbahn-Übernahmebescheinigung
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Entscheidungssammlung des EuGH
EUR.1	Warenverkehrsbescheinigung in Europa-Präferenzabkommen (Anhang 21 ZK-DVO)
EURATOM	s. EAG
EUROPOL	Europäische Polizeibehörde
EUV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Union (Maastricht-Vertrag)
ev.	eventuell
EVD	Eigenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
EZU	Europäische Zahlungsunion (1950-1958)
EZV	Eidgenössische Zollverwaltung
f.	folgende
FAO	Food and Agriculture Organization (of the United Nations)
FAPRI	Food and Agricultural Policy Research Institute
FATF	Financial Action Task Force on Money Laundering (Internationale Taskforce zur Bekämpfung der Geldwäscherei (mit Sekretariat bei der OECD))
FCPF	Forst Carbon Partnership Facility
FDI	Foreign Direct Investment
ff.	nachfolgende
FHA	Freihandelsabkommen
FHWP	Abkommen über Freihandel und wirtschaftliche Partnerschaft
FLO	Fairtrade Labeling Organizations International
FSAP	Financial Service Action Program
FSF	Financial Stability Forum
FTAA	Free Trade Area of the Americas
GA	Gemischter Ausschuss
GAFI	Groupe d'action financière sur la lutte contre le blanchiment de capitaux (Internationale Taskforce zur Bekämpfung der Geldwäscherei)
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EU
GATS	General Agreement on Trade in Services (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
GCC	Gulf Cooperation Council (Golfkooperationsrat: Mitglieder: Bahrain, Oman, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate)

## XXVI

© Stämpfli Verlag AG – Urheberrechtlich geschütztes Material – Jede Weitergabe an Dritte ist untersagt.

Ziegler, Andreas R.: Internationales Wirtschaftsrecht, 2017

---

GPA	Government Procurement Agreement (WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GZT	Gemeinsamer Zolltarif der Europäischen Gemeinschaft
h.M.	herrschende Meinung
HDI	Human Development Index
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries (Initiative des IWF und der Weltbank zur Entschuldung hochverschuldeter armer Länder)
HLI	Highly Leveraged Institutions
HS	Harmonisiertes System für die Bezeichnung und Kodierung von Waren des internationalen Handels
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.S.v.	im Sinne von
I.V.	Industriellenvereinigung
i.V.m.	in Verbindung mit
IAEA	International Atomic Energy Agency
IAEO	Internationale Atomenergie Organisation (International Atomic Energy Organization)
IAIS	International Association of Insurance Supervisors (Internationale Vereinigung der Versicherungsaufseher)
IATA	Internationaler Luftverkehrsverband (International Air Transport Association)
IB EDA/EVD	Integrationsbüro
IBAN	Internationale Kontonummer (International Bank Account Number)
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
ICA	International Coffee Agreement (Internationales Kaffee-Übereinkommen)
ICC	Internationale Handelskammer (= IHK; International Chamber of Commerce)
ICCA:	International Council of Chemical Associations
IDA	International Development Association (Internationale Entwicklungsorganisation)
IDB	Inter-American Development Bank (Interamerikanische Entwicklungsbank)
IEA	International Energy Agency (Internationale Energie-Agentur)
IFC	International Finance Corporation (Internationale Finanzgesellschaft)
IGAD	Intergovernmental Authority on Development
IGE	Institut für Geistiges Eigentum
IHK	Internationale Handelskammer (ICC)
IIC	Interamerican Investment Corporation (Interamerikanische Investitionsgesellschaft)
IMF	International Monetary Fund, siehe IWF
ISDS	Investor-State Dispute Settlement
ISO	Internationale Standardisierungsorganisation (International Standardization Organization)

## Abkürzungen

---

IWF	Internationaler Währungsfonds, siehe IMF
IIF	Institut of International Finance
ILO/IAO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IMFC	International Monetary and Financial Committee (Internationaler Währungs- und Finanzausschuss des IWF)
IMO	Internationale Organisation für Migration (International Migration Organization)
IOSCO	International Organisation of Securities Commissions (Internationale Organisation der Effektenhandelsaufseher)
IPR	Internationales Privatrecht
IRG	Investitionsrisikogarantie
ISA	Investitionsschutzabkommen
ITC	International Trade Center (Internationale Handelszentrum)
UNCTAD/WTO	
IWF	Internationaler Währungsfonds
Kap.	Kapitel
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LDC	Less Developed Country oder Least Developed Country (ärmste Entwicklungsländer)
LLDC	Least Developed Country (ärmste Entwicklungsländer)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Mercosul	Gemeinsamer Markt des Südens (port. Mercado Comum do Sul)
Mercosur	Gemeinsamer Markt des Südens (span. Mercado Común del Sur)
MFN	Most-Favored-Nation (Meistbegünstigung)
MglW	Massnahmen gleicher Wirkung
MNE	Multination Enterprises (multinationale Unternehmen)
MoU	Memorandum of Understanding
MRA	Mutual Recognition Agreement
MTCR	Missile Technology Control Regime; Exportkontrollregime zur Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen mit Hilfe von Trägersystemen
MwSt	Mehrwertsteuer
n.F.	neue Fassung
NAFTA	Nordamerikanische Freihandelszone (North American Free Trade Association)
NAMA	Non agricultural market access
NATO	Nord-Atlantik-Pakt-Organisation (North Atlantic Treaty Organization)
NGO	Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
NIEO	New International Economic Order (neue Weltwirtschaftsordnung)
NKP	Neue Kreditvereinbarungen
NPT	Atomwaffensperrvertrag (Non Proliferation Treaty)
Nr.	Nummer
NSC	Absprache mit Richtlinien für Nuklearexporte (Nuclear Suppliers Group)

## XXVIII

© Stämpfli Verlag AG – Urheberrechtlich geschütztes Material – Jede Weitergabe an Dritte ist untersagt.

Ziegler, Andreas R.: Internationales Wirtschaftsrecht, 2017

---

NSG	Nuclear Suppliers Group (Gruppe der Nuklearlieferländer)
NT	National Treatment (Inländerbehandlung)
NVV	Nichtverbreitungsvertrag; Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, besser bekannt als Atomwaffensperrvertrag
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung); früher Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (Organization for European Economic Cooperation, (OEEC)
OEEC	Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (Organization for European Economic Cooperation, (OEEC)
OMD	Weltzollorganisation (Organisation Mondiale des Douanes)
OPCW	Organization for the Prohibition of Chemical Weapons (Organisation für das Verbot chemischer Waffen)
Osec	Osec Business Network Switzerland [«Haus der Aussenwirtschaft(-förderung)»]
PCA	Permanent Court of Arbitration (Ständiger Schiedsshof)
PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility (Armutsverringerungs- und Wachstumsfazilität)
RAPEX	Rapid Alert System for Non-Food Consumer Products
RASFF	Rapid Alert System for Food and Feed
REACH	Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals (Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe)
Rdnr.	Randnummer
REPIC	Renewable Energy & Energy Efficiency Promotion in International Co-operation (Interdepartementale Plattform zur Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz in der internationalen Zusammenarbeit)
RL	Richtlinie
RM	Referenzmenge
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
Rz.	Randziffer
RZZ	Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens (Brüsseler Zollrat); heute WZO
s.o.	siehe oben
s.	siehe
SAA	Stabilisation and Association Agreements (EU)
SACU	South African Customs Union (Südafrikanische Zollunion: Südafrika, Botsuana, Lesotho, Namibia und Swasiland)
SADC	Southern African Development Community
SAP	Strukturanpassungsprogramm
SDFC	Swiss Development Finance Corporation (Schweizerische Gesellschaft für Entwicklungsfinanzierung)
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft

## Abkürzungen

---

SERV	Schweizerische Exportrisikoversicherung
SEV	Schweizerische Elektrotechnische Verein
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
Sifem AG	Swiss Investment Fund for Emerging Markets (Schweizerische Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft)
SIPPO	Swiss Import Promotion Programme (Schweizer Programm zur Förderung der Importe aus Entwicklungs- und Transitionsländern)
SLF	Short-Term Liquidity Facility
Slg.	Sammlung
SNB	Schweizerische Nationalbank
sog.	sogenannte
SRÜ	Seerechtsübereinkommen
SST	Swiss Solvency Test
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
SZR	Sonderziehungsrecht; Währungseinheit des IWF
TARIC	Integrierter Zolltarif der Europäischen Gemeinschaften (Tarif intègré communautaire)
THG	Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse
TISA	Trade in Services Agreement
TPRM	Trade Policy Review Mechanism (WTO)
TRIMs	Trade-Related Investment Measures (Handelsbezogene Investitionsregeln)
TRIPS	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (WTO-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum)
TPP	Trans-Pacific Partnership (Agreement)
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership (Agreement)
TUAC	Trade Union Advisory Committee to the OECD
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliche
u.U.	unter Umständen
UEMOA	Union économique et monétaire ouest-africaine
UMA	Union du Maghreb arabe = Arab Maghreb Union (AMU)
UN	Vereinte Nationen (United Nations)
UNCITRAL	Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (engl. United Nations Commission on International Trade Law)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung)
UNDP	United Nations Development Program (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization (Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung)
UNO	United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
UNOPS	Büro für Projektdienste der Vereinten Nationen, englisch United Nations Office for Project Services

XXX

© Stämpfli Verlag AG – Urheberrechtlich geschütztes Material – Jede Weitergabe an Dritte ist untersagt.

Ziegler, Andreas R.: Internationales Wirtschaftsrecht, 2017



UNWTO	United Nations World Tourism Organization (Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen)
UPU	Weltpostverein (Universal Postal Union)
USDA	United States Department of Agriculture
UZK	Zollkodex der Union (Unionszollkodex), Verordnung (EU) Nr. 952/2013
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden
WA	Übereinkommen von Wassenaar; Wassenaar Arrangement on Export Controls of Conventional Arms and Dual-Use Goods and Technologies
WA	Washingtoner Artenschutzübereinkommen, siehe CITES
WBCSD	World Business Council for Sustainable Development
WBIP	World Bank Inspection Panel
WCO	Weltzollorganisation (World Customs Organization)
WEF	World Economic Forum (Davoser Weltwirtschaftsforum)
WFP	World Food Program (Welternährungsprogramm)
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WIPO	World Intellectual Property Organization (Weltorganisation für geistiges Eigentum)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
WWU	Wirtschafts-undWährungsunion
WZO	Weltzollorganisation (engl. WCO; vgl auch RZZ)
z.B.	zum Beispiel
z.Z.	zur Zeit
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft



---

# 1 Grundlagen

## 1.1 Umschreibung

*Literatur:* Allg. Hinweise unten unter 1.2.5; darunter insbesondere Krajewski, § 1; Tietje, in: Tietje (Hrsg.), § 1; Herdegen, §1.1, Qureshi/Ziegler, 7ff; Carreau / Julliard, 2ss, Gramlich, 1-8 (alle unter 1.2.5); Behrens, *Elemente eines Begriffs des Internationalen Wirtschaftsrechts*, RabelsZ 50 (1986), 483 ff.; Fikentscher, *Wirtschaftsrecht I – Weltwirtschaftsrecht und Europäisches Wirtschaftsrecht*, 1983, § 4.

### 1.1.1 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Als **Wirtschaftsbeziehungen** bezeichnet man ausgehend von der ökonomischen Theorie normalerweise den Austausch von Produkten (Güter bzw. Waren und Dienstleistungen) einerseits (= Handel) und Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital oder Investitionen, Technologie etc.) andererseits. In modernen Wirtschaftsordnungen werden diese Bereiche der **Realwirtschaft** durch **monetäre** Wirtschaftsbeziehungen ergänzt, da nur so die notwendige Effizienz im Vergleich zu einer reinen Tauschwirtschaft erreicht werden kann. Hierbei stehen der Einsatz von **Geld** als standardisiertem Zahlungsmittel und die Existenz funktionierender **Finanzmärkte** im Vordergrund.

Als **internationale Wirtschaftsbeziehungen** kann man entsprechend – aufgrund der bis heute anhaltenden Fixierung der Weltordnung auf den Territorialstaat – den **grenzüberschreitenden bzw. internationalen** Austausch von Produkten und Produktionsfaktoren und die dazugehörigen grenzüberschreitenden monetären Ströme bezeichnen.

**Waren** bildeten lange den wichtigsten Gegenstand internationaler Wirtschaftsbeziehungen des (internationalen) **Handels** (oft als Welthandel bezeichnet). Aber auch **Dienstleistungen** können gehandelt werden. Entsprechend spricht man jeweils vom (internationalen) **Waren- und Dienstleistungshandel**.

Daneben werden Produktionsfaktoren ausgetauscht, traditionell stehen **Kapital** bzw. **Investitionen** (internationale Kapitalmärkte) im Vordergrund. Aber grundsätzlich ist auch der Austausch bzw. die Wanderung von **Arbeitnehmern** (Spezialisten, Erntearbeiter etc.) ein wichtiger Aspekt jeder modernen arbeitsteiligen Wirtschaft. Auch **Technologie**, rechtlich insbesondere im Rahmen von **Immaterialgüterrechten** (Patente, Marken etc.) und von Regeln des **Technologietransfers** bedeutsam, stellt in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen einen zunehmend wichtigen Produktionsfaktor dar.

- 5 Wie im innerstaatlichen Bereich stellt einerseits die **Stabilisierung** bzw. **Regulierung** der Produkte- und Faktormärkte auch im internationalen Recht eine gemeinsam durch Kooperation zu bewältigende Aufgabe dar. Dieses Bedürfnis wird umso grösser als die gegenseitige **Markttöffnung** bzw. **Liberalisierung** von Märkten zur Beschränkung innerstaatlicher Regulierungsmöglichkeiten führen kann.
- 6 Daneben wird auch der Aufrechterhaltung des **Wettbewerbs** zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei entstehen zunehmend Regeln und informelle Netzwerke im Bereich des Wettbewerbsrechts, so dass auch die Kooperation in Wettbewerbsangelegenheiten zu den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und damit Regelungsgegenstand des internationalen Wirtschaftsrechts wird.
- 7 Zunehmend kommt zudem der Beachtung der **Umwelt** der Beschränktheit **natürlicher Ressourcen** Bedeutung im Rahmen der internationalen Wirtschaft zu. Stichwort dazu stellt insbesondere das Konzept der **nachhaltigen Entwicklung** dar. Auch der Einfluss von internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Bereichen wie **Menschenrechten, Sozialstandards, und Kultur** wird zunehmend thematisiert.
- 8 Normalerweise werden auch die Bereiche: **wirtschaftliche Entwicklung** und **Wirtschaftsintegration** (insbesondere regionale Integration) als spezielle Untergebiete der internationalen Wirtschaftsbeziehungen bezeichnet, obwohl diese eigentlich alle angesprochenen Bereiche (für eine bestimmte Gruppe von Staaten mit ihren spezifischen Problemen) betreffen.

### **1.1.2 Wirtschaftsvölkerrecht**

- 9 In einer immer stärker vernetzten Welt (Stichwort: **Globalisierung**) haben seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und besonders seit dem Ende des II. Weltkrieges auch die zwischenstaatlichen Regelungen zur Erleichterung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen oder allgemein zur Koordinierung innerstaatlicher Regelungen stark zugenommen. Man spricht dabei zumindest im deutschsprachigen Raum oft vom sogenannten **Wirtschaftsvölkerrecht**. Es handelt sich also um Regeln des internationalen Rechts (Völkerrechts), die Wirtschaftstransaktionen bzw. Wirtschaftsbeziehungen zum Gegenstand haben. Teilweise wird das Wirtschaftsvölkerrecht nur als das direkt im Verhältnis zwischen Völkerrechtssubjekten anwendbare Recht dargestellt, während das **internationale Recht der Wirtschaft** auch die Rechtsbeziehungen zwischen Privaten abdecke (z.B. Gramlich, 2). Aufgrund der allgemeinen Tendenz, auch nicht-staatlichen Akteuren (Multinationalen Unternehmen, NGOs etc.) mehr Beachtung im Völkerrecht einzuräumen ist diese Unterscheidung aber zunehmend obsolet.